

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXIII
 Erster Abschnitt	
Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag	1
 Zweiter Abschnitt	
Mitgliedschaft im Bundestag und Beruf	26
 Dritter Abschnitt	
Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes	50
 Vierter Abschnitt	
Leistungen an Mitglieder des Bundestages	80
 Fünfter Abschnitt	
Leistungen an ehemalige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen	191
 Sechster Abschnitt	
Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen, Unterstützungen	291
 Siebenter Abschnitt	
Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen	310
 Achter Abschnitt	
Gemeinsame Vorschriften	341
 Neunter Abschnitt	
Übergangsregelungen	377
 Zehnter Abschnitt	
Unabhängigkeit der Abgeordneten	408
 Elfter Abschnitt	
Fraktionen	487
 Zwölfter Abschnitt	
Geltungsbereich, Inkrafttreten	560
 Sachregister	563

Inhaltsverzeichnis

Seite

Erster Abschnitt

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag

§ 1 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag

1.	Vorbemerkung	3
2.	Erwerb der Mitgliedschaft im Bundestag	3
2.1	Einleitung	3
2.2	Wählbarkeit	4
2.2.1	Positive Wählbarkeitsvoraussetzungen	4
2.2.2	Negative Wählbarkeitsvoraussetzungen	4
2.2.2.1	Ausschluss vom Wahlrecht nach § 13 BWG	4
2.2.2.2	Verlust der Wählbarkeit oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter	6
2.2.2.3	Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit	7
2.3	Kandidatur	7
2.3.1	Kreiswahlvorschläge	7
2.3.1.1	Vorschriften für alle Kreiswahlvorschläge	7
2.3.1.2	Kreiswahlvorschläge von Parteien	8
2.3.1.2.1	Kreiswahlvorschläge „neuer“ Parteien i.S.d. § 18 BWG	8
2.3.1.2.2	Vorschriften für die Kreiswahlvorschläge aller Parteien	9
2.3.1.3	Andere Kreiswahlvorschläge (unabhängige Bewerber)	11
2.3.2	Landeslisten (Landeswahlvorschläge)	11
2.3.2.1	Besondere Vorschriften für „neue“ Parteien i.S.d. § 18 Abs. 2 BWG	12
2.3.2.2	Vorschriften für alle Parteien	12
2.4	Wahl	14
2.4.1	Wahl der Wahlkreisabgeordneten	14
2.4.2	Wahl nach Landeslisten	14
2.5	Feststellung des Wahlergebnisses	16
2.6	Sonderfälle	16
2.7	Annahmeerklärung	17
2.8	Rechtsfolgen des Mandatserwerbs	19
3.	Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag	19
3.1.	Einleitung	19
3.1.1	Übersicht Verlustgründe	19
3.1.2	Eintritt des Mandatsverlusts	20
3.1.3	Unvereinbarkeiten (Inkompatibilitäten)	20
3.2	Mandatsverlust gemäß §§ 46 und 47 BWG	21
3.2.1	Ungültigkeit des Erwerbs der Mitgliedschaft	21
3.2.2	Neufeststellung des Wahlergebnisses	22
3.2.3	Wegfall einer Voraussetzung der jederzeitigen Wählbarkeit	22
3.2.4	Verzicht	23
3.2.5	Feststellung der Verfassungswidrigkeit	24
4.	Parallelregelungen für die Abgeordneten des EP und der Länder	25

Zweiter Abschnitt

Mitgliedschaft im Bundestag und Beruf

§ 2 Schutz der freien Mandatsausübung

1.	Einleitung	27
1.1.	Entstehungsgeschichte	27
1.2.	Verhältnis zu Art. 48 Abs. 2 GG	27
1.3.	Ratio der Vorschrift	28
2.	Zeitlicher und persönlicher Schutzbereich	29
2.1.	Beginn des Schutzes	29
2.2.	Ende des Schutzes	30
2.3.	Geschützter Personenkreis	31
2.3.1.	Abgeordnete und Mandatsbewerber	31
2.3.2.	Abhängig Beschäftigte und Freiberufler	31
3.	Sachlicher Schutzbereich	32
3.1.	Behinderungsverbot (Abs. 1)	32
3.2.	Benachteiligungsverbot (Abs. 2)	36
3.3.	Kündigungs- und Entlassungsschutz (Abs. 3)	37
4.	Anspruchsverpflichtete und Durchsetzung des Anspruchs	38
5.	Parallelregelungen für Abgeordnete des EP und der Länder	39

§ 3 Wahlvorbereitungsurlaub

1.	Einleitung	40
1.1.	Entstehungsgeschichte	40
1.2.	Verhältnis zu Art. 48 Abs. 1 GG	41
2.	Anspruchsberechtigte	41
2.1.	Bewerber um einen Sitz im Bundestag	41
2.2.	Beschäftigte in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis	42
3.	Anspruchsverpflichtete	43
4.	Inhalt des Anspruchs	44
4.1.	Urlaubszweck	44
4.2.	Dauer des Urlaubs	44
4.3.	Unbezahlter Urlaub	44
5.	Durchsetzung des Anspruchs	45
5.1.	Gewährung durch den Arbeitgeber / Dienstherrn	45
5.2.	Rechtsweg	46
6.	Parallelregelungen für Abgeordnete des EP und der Länder	46

§ 4 Berufs- und Betriebszeiten

1.	Allgemeines	47
2.	Anmerkungen	48

Dritter Abschnitt

Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes

§ 5 Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

1.	Allgemeines	51
2.	Ruhen der Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines aktiven Beamten (Abs. 1)	54
3.	Ruhen der Rechte und Pflichten eines in ein Beamtenverhältnis berufenen Mitglieds des Bundestages (Abs. 1 Satz 2)	56

	Seite
4. Ruhens der Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten (Abs. 2)	56
5. In den Bundestag gewählte Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Abs. 3)	56
6. EuAbgG	57
6.1 Nationales Recht	57
6.2 Europäisches Recht	57
7. Landesrecht	58
§ 6 Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats	
1. Allgemeines	60
2. Wiederverwendung auf Antrag des Beamten (Abs. 1)	61
3. Wiederverwendung von Amts wegen (Abs. 2)	62
4. EuAbgG	64
5. Landesrecht	64
§ 7 Dienstzeiten im öffentlichen Dienst	
1. Allgemeines	65
2. Hinausschieben des Besoldungsdienstalters (Abs. 1)	66
3. Hinausschieben des Versorgungsdienstalters im Falle der Nichtwiederver- wendung (Abs. 2)	67
4. Mandatszeit und Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts (Abs. 3)	67
5. Anrechnung der Mandatszeit auf laufbahnrechtliche Dienstzeiten (Abs. 4)	67
6. Anrechnung der Mandatszeit auf Dienst- und Beschäftigungszeiten von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes (Abs. 5)	68
7. EuAbgG	68
8. Landesrecht	69
§ 8 Beamte auf Zeit, Richter, Soldaten und Angestellte des öffentlichen Dienstes	
1. Allgemeines	70
2. Entsprechende Anwendung der §§ 5 bis 7 auf Richter, Soldaten, Beamte und Soldaten auf Zeit (Abs. 1)	70
3. Ruhens der Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines Soldaten oder Beamten auf Zeit (Abs. 2)	71
4. Sinngemäße Anwendung des Abs. 2 und der §§ 5 bis 7 Abs. 1 bis 4 auf Angestellte des öffentlichen Dienstes (Abs. 3)	72
5. EuAbgG	73
6. Landesrecht	73
§ 9 Professoren	
1. Allgemeines	75
2. Wiederverwendung in den Bundestag gewählter Professoren nach dem Ausscheiden aus dem Mandat (Abs. 1)	76
3. Kompatible Tätigkeiten von Professoren neben dem Mandat (Abs. 2)	77
4. Anwendung der für Bundesbeamte geltenden Vorschriften (Abs. 2 Satz 4)	77
5. EuAbgG	77
6. Landesrecht	77
§ 10 Wahlbeamte auf Zeit	
Anmerkungen	78

Vierter Abschnitt

Leistungen an Mitglieder des Bundestages

§ 11 Abgeordnetenentschädigung

1.	Allgemeines	84
1.1	Historie	84
1.1.1	Einführung	84
1.1.2	Begriff der „Entschädigung“	87
1.2	Achtzehntes Gesetz zur Änderung des AbgG	89
1.2.1	Gesetzgebungsverfahren im Bundestag	89
1.2.2	Beteiligung des Bundesrates	93
1.2.3	Verfassungsrechtliche Kritik	94
1.3	Neunzehntes Gesetz zur Änderung des AbgG	97
1.4	Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des AbgG	99
1.5	Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des AbgG	101
1.6	Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des AbgG	101
2.	Abgeordnetenentschädigung (§ 11 Abs. 1)	101
2.1	Maßstab der „Angemessenheit“ (Satz 1)	101
2.2	Gestaffelte Annäherung an die Orientierungsgröße (Satz 2)	103
2.3	Alimentationsgrundsatz	104
2.4	Formalisierter Gleichheitssatz	105
2.5	Entscheidung in eigener Sache	107
2.6	Entstehen des Anspruchs auf Abgeordnetenentschädigung	109
3.	Amtszulagen (§ 11 Abs. 2)	109
3.1	Amtszulage für den Präsidenten und seine Stellvertreter	109
3.2	Amtszulage für andere parlamentarische Funktionsträger	110
3.2.1	Ausschussvorsitzende	113
3.2.2	Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführer	113
4.	Kürzung der Abgeordnetenentschädigung in Ansehung der zu den Kosten in Pflegefällen nach § 27 gewährten Zuschüsse (§ 11 Abs. 3)	116
5.	EuAbgG	116
6.	Landesrecht	119
7.	Steuerliche Behandlung der Abgeordnetenentschädigung	123
8.	Status der Abgeordneten in der Sozialversicherung	126
9.	Status der Abgeordneten in der Arbeitslosenversicherung	128
10.	Kindergeld für Abgeordnete	130
11.	Rechtsweg bei Streitigkeiten über die Abgeordnetenentschädigung	131
12.	Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtausübung des Mandats	132

§ 12 Amtsausstattung

1.	Allgemeines	137
2.	Amtsausstattung als Aufwandsentschädigung (Abs. 1)	138
3.	Kostenpauschale als Geldleistung (Abs. 2)	139
3.1	Aufwandsentschädigung als Monatspauschale ohne Einzelnachweis	139
3.2	Katalog der Aufwendungen (Satz 1)	143
3.2.1	Bürokosten (Nr. 1)	143
3.2.2	Mehraufwendungen am Sitz des Bundestages/Mandatsreisen (Nr. 2)	145
3.2.3	Mandatsfahrten innerhalb der Bundesrepublik (Nr. 3)	146
3.2.4	Sonstige mandatsbedingte Kosten (Nr. 4)	146
3.3	Jährliche Anpassung der Kostenpauschale (Satz 2)	146
3.4	Ausführungsbestimmungen des Ältestenrates zur Kostenpauschale (Satz 3)	147

	Seite
3.5 Unterhaltsrechtliche Behandlung der Kostenpauschale	148
4. Ersatz von Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern (Abs. 3)	149
4.1 Allgemeines	149
4.2 Nachweispflicht (Satz 1)	150
4.3 Beschäftigungszweck (Satz 1)	150
4.4 Übertragbarkeit des Anspruches (Satz 2)	151
4.5 Von einer Beschäftigung gegen Aufwandsentschädigung ausgenommene Personengruppen (Sätze 3 und 4)	151
4.6 Ergänzende Regelungen im Haushaltsgesetz und in Ausführungs- bestimmungen des Ältestenrates (Satz 5)	152
4.6.1 Haushaltsgesetz	152
4.6.2 Ausführungsbestimmungen des Ältestenrates	153
4.7 Rechtsbeziehungen zwischen Abgeordneten, Mitarbeitern und Bundestag (Sätze 6 bis 9)	154
5. Amtsausstattung als Sachleistung (Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und 5)	154
6. Bereitstellung und Nutzung des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems des Bundestages als Teil der Amtsausstattung (Abs. 4 Satz 1 Nr. 4)	155
7. Amtsaufwandsentschädigung des Präsidenten und seiner Stellvertreter (Abs. 5)	157
8. Kürzung der Kostenpauschale bei der Nutzung personengebundener Dienstwagen (Abs. 6)	157
9. Entstehen der Ansprüche auf Amtsausstattung	158
10. Sanktionsmöglichkeiten bei zweckwidriger Verwendung der Amtsausstattung	159
11. Amtsausstattung schwerbehinderter Abgeordneter	160
12. EuAbgG	161
12.1 Leistungen des Bundestages	161
12.2 Leistungen des Europäischen Parlaments	162
13. Landesrecht	163
14. Steuerliche Behandlung der Amtsausstattung	166
14.1 Leistungen nach deutschem Recht	166
14.2 Leistungen nach europäischem Recht	166
§ 13 Wegfall des Anspruchs auf Aufwandsentschädigungen	
Anmerkungen	168
§ 14 Kürzung der Kostenpauschale	
1. Allgemeines	170
2. Kürzung der Kostenpauschale bei unterlassener Eintragung in die Anwesenheitsliste (Abs. 1)	171
2.1 Anwesenheitsliste und Sitzungstage (Sätze 1 und 2)	173
2.2 Alternative Anwesenheitsnachweise (Satz 7)	173
2.3 Regelabzug bei unterlassener Eintragung in die Anwesenheitsliste (Satz 3) . .	175
2.4 Reduzierter Abzug in Sonderfällen (Sätze 4 und 5)	175
2.5 Erhöhter Abzug bei unterlassener Eintragung in die Anwesenheitsliste an Plenarsitzungstagen (Satz 6)	176
3. Kürzung der Kostenpauschale bei Nichtteilnahme an einer namentlichen Abstimmung oder einer Wahl mit Namensaufruf	177
3.1 Namentliche Abstimmung oder Wahl mit Namensaufruf (Satz 1)	177
3.2 Ausnahmen von der Kürzung (Satz 2)	178

	Seite
4. EuAbgG	179
5. Landesrecht	180
§ 15 Bezug anderer Tage- oder Sitzungsgelder	
Anmerkungen	181
§ 16 Freifahrtberechtigung und Erstattung von Fahrkosten	
Anmerkungen	183
§ 17 Dienstreisen	
1. Allgemeines	186
2. Begriff der Dienstreise und Zustimmungspflichtigkeit (Abs. 1)	187
3. Inlandsdienstreisen (Abs. 2)	188
4. Auslandsdienstreisen (Abs. 3)	189
5. Abgrenzung zu Mandatsreisen	189
6. Wegstreckenentschädigung statt Fahrkostenerstattung (Abs. 4)	190
7. Ausführungsrichtlinien des Ältestenrates und Anwendung der Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes (Abs. 5)	190
8. Entstehen der Ansprüche nach § 17	190
9. EuAbgG	190
10. Landesrecht	190
 Fünfter Abschnitt	
Leistungen an ehemalige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen	
§ 18 Übergangsgeld	
1. Allgemeines	193
1.1 Zweck des Übergangsgeldes	193
1.2 Geschichtliche Entwicklung	194
2. Anspruchsvoraussetzungen (Abs. 1 Satz 1)	194
3. Anspruchshöhe (Abs. 1 Satz 2 bis 4)	195
3.1 Neues Recht	195
3.2 Übergangsrecht für Mitglieder, die am 22. Dezember 1995 dem Bundestag angehörten (altes Recht)	197
4. Anrechnungsbestimmungen (Abs. 2)	197
4.1 Neues Recht	197
4.2 Übergangsrecht für Mitglieder, die am 22. Dezember 1995 dem Bundestag an gehörten	199
5. Zahlungsmodalitäten (Abs. 3)	200
6. Auswirkungen bei Wiedereintritt in den Bundestag (Abs. 4)	201
7. Tod des Anspruchsberechtigten (Abs. 5)	201
8. Fälligkeit des Anspruchs (Abs. 6)	201
9. Konkurrenz von Übergangsgeld und Altersentschädigung	202
10. Verlust des Anspruchs bei Verlust der Wählbarkeit (Abs. 7)	202
11. EuAbgG	203
11.1 Nationales Recht	203
11.2 Europäisches Recht	203
12. Landesrecht	205
13. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung des Übergangs- geldes	207
§ 19 Anspruch auf Altersentschädigung	
1. Geschichtliche Entwicklung	208

	Seite
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen	210
3. Anspruch auf Altersentschädigung	214
3.1 Berechnung der Mitgliedszeiten (Sätze 3 und 4)	215
3.2 Vorverlegung des Bezugszeitpunktes (Satz 2)	216
4. EuAbgG	216
4.1 Nationales Recht	216
4.2 Europäisches Recht	216
5. Landesrecht	219
6. Steuerliche Behandlung der Altersentschädigung	220
7. Überlegungen zu einer Reform der Altersversorgung für Abgeordnete	220
7.1 Hauptpunkte der Kritik	220
7.2 Reform-Optionen	221
7.2.1 Abschaffung der Altersversorgung für Abgeordnete	221
7.2.2 Überführung der Altersversorgung für Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung	221
7.2.3 Private Altersversorgung für Abgeordnete auf Versicherungsbasis	222
7.2.4 Versorgungswerk für Abgeordnete	222
7.2.5 Optimierung des bestehenden Alterssicherungssystems für Abgeordnete	223
§ 20 Höhe der Altersentschädigung	
1. Anwendungsbereich der Norm und Übergangsregelungen	226
1.1 Anwendungsbereich der aktuellen Gesetzesfassung	226
1.2 Übergangsrecht für (ehemalige) Mitglieder, die dem Deutschen Bundestag am 22. Dezember 1995 angehört haben	227
1.3 Übergangsrecht für (ehemalige) Mitglieder, die die Voraussetzungen der Mitgliedschaftsdauer für eine Altersversorgung nach dem AbgG vor Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes (20. Dezember 1990) erfüllt haben	227
2. Bemessungsgröße der Altersentschädigung (Satz 1)	227
2.1 Aktuelles Recht	227
3. Steigerungssatz (Satz 2)	228
3.1 Aktuelles Recht	228
3.2 Übergangsrecht	229
4. Berücksichtigung der Zeit der Wahrnehmung der Ämter des Präsidenten und seiner Stellvertreter (Satz 3)	230
5. Rundungsvorschriften (Satz 4)	231
6. EuAbgG	231
6.1 Nationales Recht	231
6.2 Europäisches Recht	231
7. Landesrecht	232
§ 21 Berücksichtigung von Zeiten in anderen Parlamenten	
1. Allgemeines	234
2. Berücksichtigung von Landtagszeiten dem Grunde nach (Abs. 1)	235
3. Höhe der Altersentschädigung (Abs. 2)	235
4. Beginn des Anspruches auf Altersentschädigung	235
5. Berücksichtigung von Zeiten der Mitgliedschaft in der Volkskammer der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Abs. 3)	236
5.1 Entstehungsgeschichte	236
5.2 Berücksichtigungsfähige Mitgliedszeiten (Satz 1)	237
5.3 Antragserfordernis und Frist (Satz 1)	237
5.4 Rundungsvorschrift (Satz 2)	237

	Seite
5.5	Rechtsfolgen der Anerkennung 238
5.6	Rückabwicklung von Rentenanwartschaften und -ansprüchen (Satz 3) 238
6.	EuAbgG 238
7.	Landesrecht 239
§ 22 Gesundheitsschäden	
1.	Allgemeines 240
2.	Berufs- und Mandatsunfähigkeit während der Zugehörigkeit zum Bundestag (Abs. 1) 242
2.1	Regelfall (Satz 1) 242
2.1.1	Berufs- und Mandatsunfähigkeit 243
2.1.2	Verschulden 244
2.1.3	Dispens von den in § 19 vorgesehenen Voraussetzungen 244
2.1.4	Höhe der Altersentschädigung 244
2.1.5	Entstehen des Anspruches 245
2.2	Unfallbedingter Gesundheitsschaden (Satz 2) 245
3.	Berufsunfähigkeit nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag (Abs. 2) 246
4.	Nachweis der Gesundheitsschädigung (Abs. 3) 246
5.	Übergangsrecht 247
6.	EuAbgG 247
7.	Landesrecht 248
§ 23 Versorgungsabfindung	
1.	Allgemeines 250
2.	Versorgungsabfindung (Abs. 1) 251
2.1	Anspruchsvoraussetzungen (Satz 1) 251
2.2	Höhe der Versorgungsabfindung (Satz 2) 252
3.	Nachversicherung (Abs. 2) 253
3.1	Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung 253
3.2	Nachversicherung in einem berufsständischen Versorgungswerk 254
4.	Nachversicherung bei einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenen- versorgung (Abs. 3) 254
5.	Ausschluss der Nachversicherung (Abs. 4) 254
6.	Berücksichtigung der Mitgliedszeit als Dienstzeit (Abs. 5) 254
7.	Berechnung der Mitgliedszeiten bei Wiedereintritt in den Bundestag nach Versorgungsabfindung (Abs. 6) 255
8.	Ansprüche der Hinterbliebenen (Abs. 7) 255
9.	Entsprechende Anwendung der Absätze 2 und 4 auf Landtagsabgeordnete (Abs. 8 und 9) 256
10.	EuAbgG 256
11.	Landesrecht 257
§ 24 Überbrückungsgeld für Hinterbliebene	
1.	Allgemeines 259
2.	Ansprüche Hinterbliebener eines Mitglieds des Bundestages und sonstiger Personen (Abs. 1) 260
2.1	Fällige, noch nicht abgerechnete Leistungen nach diesem Gesetz (Satz 1) . . . 260
2.2	Überbrückungsgeld (Sätze 2 und 3) 261
2.2.1	Anspruchsberechtigte Hinterbliebene 261
2.2.2	Höhe des Überbrückungsgeldes 261
2.2.3	Anrechnung 262
2.3	Bestimmung des Leistungsempfängers 262
2.4	Sonstige Anspruchsberechtigte (Satz 5) 262

	Seite
3. Ansprüche Hinterbliebener eines ehemaligen Mitglieds des Bundestages und sonstiger Personen (Abs. 2)	263
4. EuAbgG	263
4.1 Nationales Recht	263
4.2 Europäisches Recht	263
5. Landesrecht	264
§ 25 Hinterbliebenenversorgung	
1. Allgemeines	266
2. Hinterbliebenenversorgung des überlebenden Ehegatten eines (ehemaligen) Mitglieds des Bundestages mit Anspruch auf Altersentschädigung (Abs. 1) (Witwengeld)	268
3. Hinterbliebenenversorgung des überlebenden Ehegatten eines (ehemaligen) Mitglieds des Bundestages mit Anwartschaft auf Altersentschädigung (Abs. 2) (Witwengeld)	268
4. Hinterbliebenenversorgung der Kinder eines (ehemaligen) Mitglieds des Bundestages (Abs. 3) (Waisengeld)	268
5. Mindesthinterbliebenenversorgung (Abs. 4)	269
6. Übergangsrecht (§ 35 a)	270
7. Beginn und Ende der Ansprüche	272
8. Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen	272
9. Unterhaltsbeitrag für frühere Ehegatten (§§ 26 AbgG, 22 BeamtVG)	272
10. Anwendung sonstiger Vorschriften des BeamtVG	273
11. EuAbgG	274
12. Landesrecht	275
§ 25 a Versorgungsausgleich	
1. Allgemeines	277
2. Versorgungsausgleich bei Ehescheidungen von Abgeordneten	279
3. Durchführung des Versorgungsausgleichs	281
3.1 Öffentlich-rechtlicher Versorgungsausgleich	281
3.2 Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	281
3.3 Abänderung der Entscheidung über den Versorgungsausgleich	282
4. Zahlungen aufgrund des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs	282
5. Versorgungsausgleich und Anrechnung	283
6. EuAbgG	283
7. Landesrecht	283
§ 26 Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften	
1. Allgemeines	284
2. Sinngemäße Anwendung der Vorschriften des BeamtVG (Satz 1)	285
3. Verwendung im öffentlichen Dienst (Satz 2)	288
4. EuAbgG	289
5. Landesrecht	289

Sechster Abschnitt

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen, Unterstützungen

§ 27 Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen

1. Allgemeines	293
--------------------------	-----

	Seite
2. Beihilfe in sinngemäßer Anwendung der für Bundesbeamte geltenden Vorschriften (Abs. 1)	295
2.1 Einführung	295
2.2 Beihilfe für Mitglieder des Deutschen Bundestages (Satz 1)	296
2.2.1 Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Personen	296
2.2.2 Regelbemessungssätze und Abweichungen davon	296
2.2.3 Beihilfefähige Aufwendungen	297
2.2.4 Jahresfrist	298
2.2.5 Festsetzungsstelle	298
2.3 Beihilfe für Versorgungsempfänger (Satz 2 und § 32 Abs. 7)	298
3. Zuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen (Abs. 2 und 3)	299
3.1 Wahlanspruch	299
3.2 Höhe des Zuschusses	299
4. Frist zur Ausübung des Wahlrechts zwischen Beihilfe und Zuschuss (Abs. 4)	300
5. EuAbgG	301
5.1 Nationales Recht	301
5.2 Europäisches Recht	301
6. Landesrecht	301
7. Nachweispflicht bei der Pflegeversicherung	302
§ 28 Unterstützungen	
1. Allgemeines	303
2. Anspruchsvoraussetzungen	304
2.1 Schäden infolge des Mandats	305
2.2 Prozesskosten	306
2.3 Notfälle	306
3. Anspruchsberechtigte	307
4. Anspruchsart und -höhe	307
4.1 Einmalige Unterstützungen	307
4.2 Laufende Unterhaltszuschüsse	307
5. Ermessensentscheidung des Präsidenten	308
6. Steuerliche Behandlung von Leistungen nach § 28	308
7. EuAbgG	309
8. Landesrecht	309

Siebenter Abschnitt

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

§ 29 Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

1. Allgemeines	314
2. Grundsätzliches zur Anwendung des § 29	318
3. Anrechnung beim Zusammentreffen der Abgeordnetenentschädigung mit Bezügen aus öffentlichen Kassen (Abs. 1 und 2)	319
3.1 Abgeordnetenentschädigung und aktive Bezüge aus öffentlichen Kassen	319
3.1.1 Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Abs. 1 Satz 1)	319
3.1.2 Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung (Abs. 1 Satz 2)	320
3.1.3 Entschädigung nach dem Abgeordnetengesetz eines Landes (Abs. 1 Satz 3)	320

	Seite
3.1.4	Neufassung des § 29 Abs. 1 ab Beginn der 15. Wahlperiode 321
3.1.5	Entschädigung nach dem EuAbgG (§ 9 EuAbgG) 321
3.2	Abgeordnetenentschädigung und passive Bezüge aus öffentlichen Kassen . . 322
3.2.1	Versorgungsansprüche aus einem Amtsverhältnis des Bundes oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Abs. 2 Sätze 1 und 3) 322
3.2.2	Renten aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes (Abs. 2 Satz 2) 324
3.2.3	Sonstige Renten 325
3.2.4	Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis eines Landes oder aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung (Abs. 1 Satz 4 und 5) 326
3.2.5	Versorgungsansprüche nach dem AbgG 326
3.2.6	Versorgungsansprüche nach dem EuAbgG (§ 10 b Satz 3 EuAbgG) 327
3.2.7	Versorgungsansprüche aus einer Mitgliedschaft im Landtag 327
3.2.8	Verschärfung der Anrechnungsbestimmungen durch Art. 2 des Einundzwanzigsten Änderungsgesetzes 327
4.	Anrechnung beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Bezügen aus öffentlichen Kassen 330
4.1	Versorgungsbezüge und aktive Bezüge aus öffentlichen Kassen 330
4.1.2	Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung (Abs. 3 Satz 2) 330
4.1.3	Entschädigung aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament oder im Parlament eines Landes (Abs. 5) 330
4.1.4	Abgeordnetenentschädigung nach diesem Gesetz 331
4.2	Versorgungsansprüche und passive Bezüge aus öffentlichen Kassen 331
4.2.1	Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Abs. 4 Satz 1) 331
4.2.2	Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung (Abs. 4 Satz 2) 331
4.2.3	Renten (Abs. 4 Satz 3) 331
4.2.4	Versorgungsbezüge aus der Mitgliedschaft im Parlament eines Landes (Abs. 6 Satz 1) 332
4.2.5	Versorgungsbezüge aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament (Abs. 6 Satz 2) 333
4.2.6	Sonstige Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz 333
5.	Anrechnung beim Zusammentreffen der Abgeordnetenentschädigung oder von Versorgungsansprüchen mit privaten Einkünften 334
6.	Ergänzende Hinweise zur Anwendung der Anrechnungsbestimmungen (Abs. 7) 335
7.	Berücksichtigung der Amtszulage nach § 11 Abs. 2 (Abs. 8) 336
8.	Begriff der Verwendung im öffentlichen Dienst und der zwischen- oder überstaatlichen Einrichtungen (Abs. 9) 336
9.	EuAbgG 337
9.1	Nationales Recht 337
9.2	Europäisches Recht 339
10.	Landesrecht 339

Achter Abschnitt Gemeinsame Vorschriften

§ 30 Anpassungsverfahren

1.	Allgemeines	342
2.	Anpassungsverfahren nach § 30	346
3.	Alternative Anpassungsverfahren	348
3.1	Diätenkommission	349
3.2	Indexierung der Abgeordnetenentschädigung	350
3.3	Koppelung der Abgeordnetenentschädigung an die Bezüge im öffentlichen Dienst	354
4.	EuAbgG	355
5.	Landesrecht	356

§ 31 Verzicht, Übertragbarkeit

1.	Allgemeines	357
2.	Verzicht (§ 31 Satz 1)	358
3.	Übertragbarkeit (§ 31 Satz 2 bis 4)	359
4.	EuAbgG	360
5.	Landesrecht	361

§ 32 Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

1.	Allgemeines	363
2.	Beginn der Ansprüche nach §§ 11, 12, 16, 27 und 28 (Abs. 1)	363
3.	Ende der Ansprüche nach §§ 11, 12 Abs. 2 und 16 (Abs. 2)	365
4.	Ende der Ansprüche nach § 12 Abs. 3 (Abs. 3)	366
5.	Beginn und Ende der Ansprüche auf Altersentschädigung (Abs. 4)	366
6.	Konkurrenz von Übergangsgeld und Altersentschädigung (Abs. 5)	367
7.	Verlust des Anspruches auf Altersentschädigung (Abs. 6)	368
8.	Ende des Anspruches auf Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen nach § 27 bei ausscheidenden Mitgliedern (Abs. 7)	369
9.	Zahlungsvorschriften (Abs. 8)	369
10.	EuAbgG	369
10.1	Nationales Recht	369
10.2	Europäisches Recht	370
11.	Landesrecht	371

§ 33 Aufrundung

Anmerkungen	371
-----------------------	-----

§ 34 Ausführungsbestimmungen

1.	Allgemeines	373
2.	Ausführungsbestimmungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften des Ältestenrates (Abs. 1 und 2)	374
3.	Veröffentlichung des Betrages der Kostenpauschale (Abs. 3)	375
4.	EuAbgG	375
5.	Landesrecht	376

Neunter Abschnitt Übergangsregelungen

§ 35 Übergangsregelung zum Elften Änderungsgesetz

1.	Allgemeines	378
----	-----------------------	-----

	Seite
2. Versorgungsansprüche vor Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes (Abs. 1)	379
3. Versorgungsanwartschaften vor Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes (Abs. 2)	380
4. Zusammentreffen von Versorgungsanwartschaften und -ansprüchen vor Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes mit später erworbenen (Abs. 3) .	381
5. Vergleichsberechnung nach altem und neuem Recht (Abs. 4)	382
6. EuAbgG	382
7. Landesrecht	383
§ 35 a Übergangsregelungen zum Neunzehnten Änderungsgesetz	
1. Allgemeines	384
2. Normadressaten (Abs. 1)	385
3. Fiktiver Bemessungsbetrag für Übergangsgeld und Altersentschädigung (Abs. 2)	386
4. Fiktiver Bemessungsbetrag bei Anwendung des § 29 auf Versorgungs- ansprüche nach Übergangsrecht (Abs. 3)	388
5. Wahlrecht (Abs. 4)	389
6. EuAbgG	390
§ 36 Übergangsregelung für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes	
Anmerkungen	390
§ 37 Versorgung vor 1968 ausgeschiedener Mitglieder	
Anmerkungen	392
§ 38 Versorgung für Zeiten vor Inkrafttreten dieses Gesetzes	
1. Allgemeines	394
2. Versorgung nach dem Diätengesetz 1968 für zwischen dem 1. Januar 1968 und dem 1. April 1977 ausgeschiedene Mitglieder (Abs. 1)	395
3. Überleitung wiedergewählter Abgeordneter in die neue Altersversorgung (Abs. 2)	397
4. Erstattung der Eigenbeiträge statt Überleitung (Abs. 3)	397
5. Mischversorgung (Abs. 4)	398
6. Antragsfrist (Abs. 5)	399
7. EuAbgG	399
§ 38 a Anmerkungen	
400	
§ 38 b Hinterbliebenenversorgung bei Tod während der Mitgliedschaft im Bundestag	
Anmerkungen	401
§ 39 Anrechnung früherer Versorgungsbezüge	
Anmerkungen	402
§ 40 Gekürzte Versorgungsabfindung	
Anmerkungen	403
§ 41 Fortsetzung der Todesfallversicherung	
Anmerkungen	404
§ 42 Umwandlung oder Auflösung der Todesfallversicherung	
Anmerkungen	405

§ 43 Weiterzahlung des Übergangsgeldes

Anmerkungen	406
-----------------------	-----

§ 44 Anrechnung von Zeiten für das Übergangsgeld

Anmerkungen	406
-----------------------	-----

Zehnter Abschnitt

Unabhängigkeit der Abgeordneten

§ 44 a Verhaltensregeln

1. Allgemeines	414
1.1 Einführung	414
1.2 Entstehungsgeschichte	415
2. Bedeutung der gesetzlichen Vorschriften	417
2.1 Auftrag an den Geschäftsordnungsgeber (§ 44 a Abs. 1)	417
2.2 Rahmen für den Inhalt der Verhaltensregeln (§ 44 a Abs. 2)	419
3. Ausfüllung des Gesetzesauftrags durch die Verhaltensregeln in Anlage 1 GO-BT	420
3.1 § 1 VR – Anzeigepflichten	420
3.2 § 2 VR – Rechtsanwälte	421
3.3 § 3 VR – Veröffentlichung von Angaben	422
3.4 Überblick: Anzeige- und Veröffentlichungspflichten zu § 1 und 2 VR	422
3.5 § 4 VR – Spenden und geldwerte Zuwendungen	425
3.6 Überblick: Spenden und geldwerte Zuwendungen	427
3.7 § 5 VR – Hinweise auf die Mitgliedschaft im Bundestag	427
3.8 § 6 VR – Interessenverknüpfung in der Ausschusßarbeit	428
3.9 §§ 7 und 8 VR – Verfahren	428
3.10 § 9 VR – Verbotene Bezüge	429
4. Rechtsschutz	430
5. Ausblicke	431
6. Parallelregelungen für Abgeordnete des EP und der Länder	435

§ 44 b Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit / Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

1. Allgemeines	442
1.1 Vorläuferregelungen	442
1.1.1 Überprüfungsverfahren der Volkskammer	442
1.1.2 Präsidiumsverfahren des Bundestages	443
1.2 Entstehungsgeschichte der Vorschrift	444
1.3 Ziele der Regelung	445
1.4 Verhältnis zum Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)	445
1.5 Verhältnis zum Immunitätsrecht	446
1.6 Ergebnisse der bisher durchgeführten Überprüfungen	446
2. Überprüfung auf Antrag (§ 44 b Abs. 1)	447
2.1 Antragstellung	447
2.2 Hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung für das MfS / AfNS	448
2.2.1 Hauptamtliche Tätigkeit	448
2.2.2 Inoffizielle Tätigkeit	448
2.2.3 Politische Verantwortung	450
2.2.4 Opfer des Staatssicherheitsdienstes	451

	Seite
2.3	Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR 451
3.	Überprüfung ohne Zustimmung des Betroffenen (§ 44 b Abs. 2) 452
3.1	Keine Regelüberprüfung 452
3.2	Verfassungsmäßigkeit der Regelung 452
3.3	Feststellung konkreter Anhaltspunkte 454
4.	Zuständigkeit des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (§ 44 b Abs. 3) 455
5.	Verfahren (§ 44 b Abs. 4) 457
5.1	Richtlinien und Absprache zur Durchführung der Richtlinien 457
5.2	Verfahrensablauf 459
5.3	Einzelheiten 463
5.3.1	Feststellungsauftrag 463
5.3.2	Beschränkung der Beweismittel 464
5.3.3	Beweisführung und Beweiswürdigung 464
5.3.4	Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit des Verfahrens 468
6.	Rechtsschutz 470
7.	Parallelregelungen der Länder 473

§ 44 c Verschwiegenheitspflicht und Aussagegenehmigung

1.	Allgemeines 478
1.1	Entstehungsgeschichte 478
1.2	Aussagegenehmigung und Zeugnisverweigerungsrecht 479
1.3	Verhältnis zum Untersuchungsausschussgesetz 480
2.	Verschwiegenheitspflicht und Aussagegenehmigung (Abs. 1) 480
2.1	Notwendigkeit der Aussagegenehmigung 480
2.2	Reichweite des Genehmigungserfordernisses 482
3.	Erteilung der Genehmigung (Abs. 2) 482
3.1	Außenrepräsentanz durch den Bundestagspräsidenten 482
3.2	Verfahren innerhalb des Bundestages 483
4.	Versagungsgründe (Abs. 3) 483
4.1	Wortlaut des § 44 c Abs. 3 483
4.2	Aussagegenehmigung beim Bestehen einer gesetzlichen Zeugnispflicht . . . 484
4.3	Aussagegenehmigung ohne gesetzliche Zeugnispflicht 486
5.	Parallelregelungen für Abgeordnete des EP und der Länder 486

Elfter Abschnitt Fraktionen

§ 45 Fraktionsbildung

1.	Allgemeines 488
2.	Zusammenschluss von Bundestagsmitgliedern zu Fraktionen (Abs. 1) 490
3.	Regelung des Näheren in der GO-BT (Abs. 2) 491
3.	Beginn und Ende der Fraktionsmitgliedschaft 494
4.	Abgeordneter und Fraktion 495
4.1	Wirkungen der Fraktionsmitgliedschaft 495
4.2	Fraktionszwang und Fraktionsdisziplin 495
4.3	Rechtsstreitigkeiten zwischen Abgeordneten und der Fraktion 496
5.	Gruppen 497
6.	EuAbgG 498
7.	Landesrecht 498

§ 46 Rechtsstellung

1.	Allgemeines	500
2.	Fraktionen als rechtsfähige Vereinigungen (Abs. 1)	501
3.	Fraktionen als Arbeitgeber	502
4.	Fraktionen als Klägerinnen und Beklagte (Abs. 2)	504
4.1	Verfassungsgerichtliche Verfahren	504
4.2	Verwaltungsgerichtliche Verfahren	505
4.3	Verfahren vor den ordentlichen Gerichten und den Arbeitsgerichten	506
5.	Abgrenzung zur öffentlichen Verwaltung (Abs. 3)	506
6.	Landesrecht	506

§ 47 Aufgaben

1.	Allgemeines	507
2.	Mitwirkung an der Aufgabenerfüllung des Bundestages (Abs. 1)	507
3.	Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten und parlamentarischen Einrichtungen (Abs. 2)	508
4.	Öffentlichkeitsarbeit (Abs. 3)	509
5.	Landesrecht	510

§ 48 Organisation

1.	Allgemeines	511
2.	Organisation und Arbeitsweise der Fraktionen (Abs. 1)	512
3.	Fraktionsgeschäftsordnung (Abs. 2)	513
4.	EuAbgG	513
5.	Landesrecht	514

§ 49 Geheimhaltungspflicht der Fraktionsangestellten

1.	Allgemeines	515
1.1	Entstehungsgeschichte und Parallelvorschriften aus anderen Rechtsgebieten	515
1.2	Verhältnis zum Untersuchungsausschussgesetz	516
2.	Geheimhaltungspflicht der Fraktionsangestellten (Abs. 1)	517
2.1	Verpflichteter Personenkreis	517
2.2	Umfang und Inhalt der Geheimhaltungspflicht	517
2.2.1	Grundsatz der umfassenden Verschwiegenheitspflicht	517
2.2.2	Offenkundige Tatsachen und Tatsachen, die ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen	518
2.2.3	Mitteilungen „im dienstlichen Verkehr“	519
2.2.4	Entscheidung über den Umfang der Geheimhaltungspflicht	519
3.	Aussagegenehmigung (Abs. 2)	519
3.1	Aussagegenehmigung als punktuelle Befreiung von der Geheimhaltungspflicht	519
3.2	Zuständigkeit zur Erteilung der Genehmigung	520
3.3	Kriterien für die Erteilung der Genehmigung	521
4.	Ausnahmen von der Geheimhaltungspflicht (Abs. 3)	522
5.	Parallelregelungen im EuAbgG und in den Abgeordnetengesetzen der Länder	523

§ 50 Geld- und Sachleistungen

1.	Allgemeines	526
2.	Anspruch auf Geld- und Sachleistungen (Abs. 1)	527
3.	Geldleistungen (Abs. 2)	529
4.	Sachleistungen (Abs. 3)	531
5.	Zweckbindung der Leistungen (Abs. 4)	532

	Seite
6. Übertragbarkeit von Geldleistungen (Abs. 5)	534
7. Leistungen an parlamentarische Gruppen	535
8. Leistungen an einen fraktionslosen Abgeordneten	536
9. EuAbgG	537
10. Landesrecht	538

§ 51 Haushalts- und Wirtschaftsführung, Buchführung

1. Allgemeines	540
2. Ausführungsbestimmungen des Ältestenrates zur Haushalts- und Wirtschaftsführung (Abs. 1)	540
3. Buchführung (Abs. 2)	541
4. Kennzeichnungs- und Inventarisierungspflicht (Abs. 3)	541
5. Aufbewahrungspflicht (Abs. 4)	542

§ 52 Rechnungslegung

1. Allgemeines	544
2. Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung (Abs. 1)	545
3. Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben (Abs. 2)	546
4. Rechenschaft über Vermögen, Rücklagen, Forderungen und Verbindlichkeiten (Abs. 3)	547
5. Abschlussprüfung der Rechnung und Vorlage an den Präsidenten (Abs. 4)	548
6. Verzug mit der Rechnungslegung (Abs. 5)	549
7. Landesrecht	549

§ 53 Rechnungsprüfung

1. Allgemeines	551
2. Prüfung durch den Bundesrechnungshof (Abs. 1)	551
2.1 Prüfung der nach § 52 erstellten Rechnung	552
2.2 Prüfung der ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Verwendung der Geld- und Sachleistungen	552
3. Einschränkung der Prüfungsbefugnis (Abs. 2)	553
4. Landesrecht	554

§ 54 Beendigung der Rechtsstellung und Liquidation

1. Allgemeines	556
2. Entfallen der Rechtsstellung nach § 46 (Abs. 1)	556
3. Liquidation als Regelfall (Abs. 2)	557
4. Durchführung der Liquidation (Abs. 3)	557
5. Rückführung von Geld- und Sachleistungen nach §50 (Abs. 4)	558
6. Sonstiges Vermögen (Abs. 5)	558
7. Zeitpunkt der Vermögensrückführung oder -überlassung und Gläubigersicherung (Abs. 6)	558
8. Ausnahme von der Liquidationsverpflichtung (Abs. 7)	559
9. Landesrecht	559

Zwölfter Abschnitt Geltungsbereich, Inkrafttreten

§ 55 Inkrafttreten

Anmerkungen	560
-----------------------	-----